

Neue Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Hedra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerfröhes Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Hedra: Frau Kaufmann Weis, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 49 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Wellenmetz 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtparlasse Hedra — Bankverein Koblentz.

№ 25

Sonnabend, den 27. Februar 1932.

45. Jahrgang

Die letzte Woche.

Es befremt uns zwar nicht von der niederdrückenden Beschämung, die wir in Deutschland über die Vorgänge im Reichstag empfinden, wenn wir lesen, daß in der französischen Kammer die Gegner sogar mit Häuten aufeinander einschlugen, daß Schüsse losgerissen auf Boden flattern und daß das Befehle niedrigerer Abgeordneter die Stühle des Präsidenten überdient. Aber es zeigt uns, daß die politische Erregung und Verberührung unter dem Druck untrüglicher Verhältnisse allenthalben ein Hemmnisgestirn wächst. Die Brüder zwischen Sozialisten und Kommunisten, die die Begegnung mit der ersten Reichspräsidenten-Tardeus gab, nimmt den Franzosen das Recht, sich über die deutschen Zustände aufzuheben, und vielleicht ist ihnen die Verberührung der eigenen Zustände auf den verschiedensten Gebieten und nicht auf dem Gebiet der parlamentarischen Sitten eine Warnung in dem Sinne, daß es eine Gemeinlichkeit auch des Abtriegs gibt, wenn sie sich dem Streben nach gemeinsamen Aufstieg so hartnäckig und böswillig widersetzen.

Nur eben wie auf einer fernen Wüste hat Tardieu sich in Paris aufgehalten, aber er hat die wenigen Tage gut genutzt. Sie haben ausgereicht, dem belanderten Vertrauensmann des Präsidenten Doumer, dem bewährten und geschätzten Ratsgeber der Regierung, die Rechte zu versetzen, ihm das Mandat zur Regierungsbildung zu erteilen, selbst diese Aufgabe zu übernehmen und mit starker Spürkraft, freilich ohne besondere eigene Note, durchzuführen, sich das Vertrauen der Kammer beschaffen zu lassen und nach Genf zurückzukehren. Man darf erwarten, daß Tardieu ein besonders glücklicher Mann zu werden, es ist eine lange Wechsellagerung von 47 Stimmen, die sich mit den recht belanglosen Ausführungen des neuen Kabinettschefs zufrieden erklärte, und es sind Tardieu in der Debatte allerlei deutsche Unfreundlichkeiten gelangt worden. Besonders hervorzuheben verdient die von Tardieu selbst an der Haltung Tardieus in der Abfertigungsfrage geäußerte Kritik, die sein Vehl daraus machte, daß man dem Ministerpräsidenten und Führer der französischen Delegation in den Kreisen seiner leistungsfähigen Landsleute durchaus die fremdenhafte Wertschätzung, den Abfertigungsgegenstand so gründlich wie möglich zu sabotieren.

Tardieu hat sich in Genf sofort mit derselben Energie, die er in Paris benutzte, in den Abfertigungsstreit geworfen, und schon sein erstes Auftreten ist geeignet, die Berechtigung des Argwohn zu erweisen, mit dem ihm die wahren Freunde der Abfertigung in eigenen Lande begegnen. Bei der ersten grundsätzlichen Aussprache im politischen Ausschuss der Abfertigungsfrage, bei der jeder Delegationsführer den Standpunkt seiner Regierung über die Art des Verhandlungsstandes, hat der deutsche Vertreter, Vostschafsky, den durchaus berechtigten Anspruch geltend gemacht, daß neben den von der Mehrheit der Delegierten als Verhandlungsgrundlage anerkannten Konventionenentwürfen die deutschen Vorschläge gleichberechtigt vorzuziehen sind. Tardieu erwidert, daß Frankreich nicht in der Lage sei, auf deutsche Vorschläge einzugehen, die etwa dazu bestimmt sein sollten, einzelne Grundzüge des Konventionenentwurfs zu ergänzen, hinzuzuführen, daß er diese Bemerkung machte, um über die Richtung der Verhandlungen von vornherein die notwendige Klarheit zu schaffen. Das Auftreten Tardieus hat im Ausschuss allgemein befremdet, und der ungarische Vertreter hat dem Franzosen nahegelegt, doch nicht von vornherein das Gegenwärtige in so offener Weise hervorzuheben, sondern bis mitzugehen, wo man vielleicht hoffen könne, eine Verständigung zu erreichen. Auch die Art, wie Tardieu sich zu den russischen Vorschlägen gestellt hat, beweist den Willen Frankreichs, unabhängig auf seinem Standpunkt zu beharren, und so ist der Verlauf der Ausschussverhandlungen in Genf wenig verheißungsvoll.

Von dem Genfer Bemühungen um eine Einmündung auf den chinesisch-japanischen Konflikt ist es sehr schnell wieder still geworden. Dagegen hat die offizielle amerikanische Politik nach einem erlauchtigen langen Zögern jetzt ihren Entschluß betätigt, in dieser Frage aktiv zu werden, und das Schreiben des amerikanischen Außenministers Stimson an den Vorsitzenden des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Vorschlag, daß auch in Washington politischen Kreise internationale Wirkung gehabt. Mit sehr entschiedenem Ton verurteilt Stimson den Entschluß der Vereinigten Staaten, welcher das Recht auf offene Tür in China, nach der Bindungen der verschiedenen durch das Vorgehen Japans in Frage gestellten Verträge preiszugeben und gefährden zu lassen. Im Zusammenhang mit dieser Klarstellung des amerikanischen Standpunktes erörtert der Staatssekretär dann die Beziehungen zwischen den in Betracht kommenden Verträgen und der amerikanischen Abfertigungsfrage, und seine Ausführungen werden wohl mit Recht dahin verstanden, daß die amerikanischen Regierung wohl nicht zuletzt unter dem Druck der öffentlichen Meinung die Vorgänge im fernem Osten zum Inhalt nehmen wird, ihre Außenpolitik grundlegend zu revidieren und ihre Bedenken gegen ein beträchtliches Bauprogramm zurückzuführen. Ein solcher Umstimmung der amerikanischen Außenpolitik zur See wird sich naturgemäß international auswirken, und so treibt der Konflikt zwischen China und Japan Kreise, die an die wichtigsten Probleme zwischen den westlichen Staaten rühren.

Hindenburgs Kandidatur.

Der Arbeitsausschuss beim Reichspräsidenten.

Berlin, 26. Februar.
Der Reichspräsident empfing den Arbeitsausschuss der vereinigten Hindenburg-Ausschüsse, bestehend aus den Herren Landrat a. D. Goretzke, Graf Westarp und General a. B. in der Person der Vorsitzende des Reichspräsidenten ihren Dank dafür auszusprechen, daß er sich bereit erklärt habe, das Amt des Reichspräsidenten erneut zu übernehmen. Sie wählten sich eine mit sehr vielen und maßgeblichen alten Wählern des Reichspräsidenten vom Jahre 1925, wenn sie den Generalleutnant und Reichspräsidenten ihres uneingeschränkten Vertrauens versicherten. Der Arbeitsausschuss ließ genügt, sich mit aller Kraft für die Wiederwahl Hindenburgs einzusetzen, aber den Wahlkampf nur sachlich und im ritterlichen Form zu führen.

Der Reichspräsident in vornehmer Form zu führen und alles zu vermeiden, was zu einer Verberührung der vorhandenen Gegensätze führen könnte.

„Ich habe.“, so betonte der Reichspräsident, „die Kandidatur nur auf der Grundlage vollster Unparteilichkeit übernommen und es auf das Bestimmteste abgelehnt, irgendwelche Bindungen den Parteien gegenüber einzugehen oder irgendwelche Bedingungen anzunehmen. Ich werde auch weiterhin jede Festlegung nach der einen oder anderen Seite hin ablehnen. Ich bin Trennung der ganzen deutschen Volkes, nicht der Bewusstseins einer Partei oder Parteigruppen und will nur meinem Gewissen und dem Vaterland verpflichtet sein.“

Konflikt Preußen — Oberkirchenrat.

Berlin, 26. Februar.

Zwischen dem preussischen Kultusminister und dem Evangelischen Oberkirchenrat ist es zu einem Konflikt gekommen. In einem Schreiben an Minister Grimm führt der Oberkirchenrat Beschwerde über eine schwere Verletzung der höchsten deutschen evangelischen Kirche und ihrer obersten Kirchenbehörde und legt dagegen in aller Form Verwahrung ein. Es handelt sich um den Vorschlag des Oberkirchenrats, die Neuregelung der Einheitsmaßnahme in den Religionsunterricht in der Weile durchzuführen, daß statt wie bisher die Geistlichen fähig die evangelischen Schullehrer damit beauftragt werden. Der Minister wird vorgeworfen, den Oberkirchenrat hinzugehalten zu haben.

Zusammentritt des Hauptberichterstatters.

Genf, 25. Februar.
Der politische Ausschuss der Abfertigungsfrage, in dem nunmehr die weiteren Verhandlungen stattfinden werden, nachdem die Generalaussprache nach dreiwöchiger Dauer abgeschlossen worden ist, wählte den scheidenden Außenminister Reich als einmündig zum Hauptberichterstatler. Die Konferenz hat damit Beschlüsse, dessen abfertigungsfeindliche Haltung bekannt ist, weitgehend den Einfluß auf die weiteren Verhandlungen eingedrängt.

Der Führer der deutschen Delegation, Vostschafsky, hat eine Erklärung, in der nach der Annahme des englischen Vorschlags, wonach der Abkommensentwurf den allgemeinen Rahmen der Verhandlungen bilden soll, betont wird, daß ein derartiger Beschluß sich nur auf die künftigen, nicht auf die schon vorliegenden Abfertigungsentscheidungen beziehen kann.

Die der Konferenz vorliegenden deutschen Vorschläge zinsfischen Elemente eines allgemeinen Abfertigungsplans und seien keineswegs nur als Ergänzung oder Ergänzung des Abkommensentwurfs des Völkerbundes anzufassen. Durch die deutschen Vorschläge würden wesentliche Teile des Abkommensentwurfs grundlegend verändert werden. Die deutsche Abordnung verlangt deshalb, daß die einzelnen Teile des deutschen Vorschlags gleichzeitig und gleichberechtigt mit den einzelnen Abschnitten des Abkommensentwurfs und den übrigen Vorschlägen erörtert werden.

Der französische Ministerpräsident Tardieu, der vor der Ausschussung eine längere Besprechung mit dem deutschen Vostschafsky, Tardieu gehabt hatte, vertritt die unmissige Ansicht, daß die Konferenz habe die Aufgabe, die im Abkommensentwurf offen gelassenen Tabellen auszufüllen.

Als dann der deutsche Vorschlag, wonach der Abkommensentwurf des Völkerbundes die Grundlage der weiteren Verhandlungen bilden soll, einstimmig angenommen wurde, erhob sich der französische Ministerpräsident Tardieu und erklärte, der deutsche Vertreter habe nur unter dem Vorbehalt zugestimmt, daß die deutschen Abfertigungsentscheidungen die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs ersetzen sollten. Er halte es für seine Pflicht, völlige Klarheit darüber zu schaffen, daß Frankreich dies „unter keinen Umständen zu lassen werde“.

Die französische Regierung könne nicht gestatten, daß die deutschen oder anderen Vorschläge die Bestimmungen des Abkommensentwurfs des Völkerbundes ersetzen. Es wurde jedoch noch beschlossen, daß Donnerstag eine besondere Sitzung einberufen ist, in der die einzelnen Ausschüsse der Konferenz eingesetzt werden sollen.

Russlands Vorkhof.

Genf, 25. Februar.

Der sowjetrussische Außenminister Litwinow brachte in der Sitzung des Ausschusses der Abfertigungsfrage, an der sowohl Sir John Simon als auch Tardieu teilnahmen, den Antrag seiner Regierung auf vollständige und sofortige Abfertigung aller Rüstungen ein. Er brachte zum Schluß einen schriftlich formulierten Antrag zur Abstimmung ein: Die Abfertigungsfrage beschließen, den Grundriss der allgemeinen und vollständigen Abfertigung als Grundlage ihrer Arbeiten zu erklären. Litwinows Antrag fand warme Unterstützung durch den türkischen Außenminister und den Vertreter Belgiens.

In der Aussprache

gab Vostschafsky Wadolson eine Erklärung ab, in der er von neuem ausdrücklich feststellte, daß der Abkommensentwurf des Völkerbundes nur den allgemeinen Rahmen der weiteren Verhandlungen bilden könne.

Der Vorkhof Litwinows auf eine allgemeine für alle Mächte gleich wirksame Abfertigung der Rüstungen stelle das große Ziel dar, mit dem Deutschland lebhaft sympathisiere, da dies die ideale Lösung des Abfertigungsproblems wäre.

Der erste Vorkhof gegen den sowjetrussischen Antrag ging jedoch von dem britischen Gesandten Kollietis aus, der dem russischen Antrag die französische Sicherheitsfrage entgegenstellte und eine internationale Organisation der Sicherheit und des Friedens forderte.

Der japanische Vostschafsky Wadolson suchte in einer längeren geistvollen Rede die Unmöglichkeit des sowjetrussischen Vorkhofs nachzuweisen und erklärte, daß es sich nicht um bloße diplomatische Beschlässe, sondern um einen festigen, planmäßigen Fortschritt zur Lösung der Abfertigungsfrage handeln könne.

Der russische Antrag abgelehnt.

Der Antrag der Moskauer Regierung auf sofortige uneingeschränkte Abfertigung aller Rüstungen wurde durch Handaufheben gegen die Stimmen der Türkei und Sowjetrusslands abgelehnt. Die deutsche Abordnung sowie zahlreiche andere Abordnungen enthielten sich der Stimme.

Neuer Vorkhof Tardieus.

Genf, 26. Februar.

Im großen politischen Ausschuss der Abfertigungsfrage erlagerte ein neuer Vorkhof von französischer Seite. Tardieu beantragte die Einlegung dreier Ausschüsse: 1. für die aktiven Truppenbestände, 2. für das Kriegsmaterial, 3. für die Seereserve, während die Vollkonferenz die Gliederung der Ausschüsse nach dem Land-, See-, Luft- und Seehausfragen beschließen hatte.

Tardieu verlangte ferner die Einlegung eines vierten, politischen Ausschusses, der die gesamten politischen Sicherheitsfragen durchzuarbeiten soll. Nach dem französischen Standpunkt könne die Abfertigung nicht nur auf dem Gebiet technischer Maßnahmen behandelt werden, sondern es müssen gleichzeitig auch die politischen Fragen miteingelassen sein. Der politische Ausschuss müsse sich mit der Organisation des Friedens und der Kontrolle der Rüstungen befassen.

Der französische Vorkhof stieß auf unerwartet starken Widerstand. Die Vertreter von Deutschland, Italien, den Vereinigten Staaten, der Türkei und Holland lehnten den Vorkhof ab, während die Vertreter von Schweden und Rumänien sofortige uneingeschränkte Annahme des Vorkhofs forderten. Der englische Außenminister enthielt sich einer eindeutigen Stellungnahme.

Der Abkommensentwurf nur als „Rahmen“.

Nach längerer grundsätzlicher Aussprache nahm der politische Ausschuss den englischen Vorkhof an, wonach die weiteren Arbeiten der Konferenz zwar im Rahmen des Abkommensentwurfs verlaufen sollen, jedoch die volle Selbstständigkeit aller Abordnungen gewahrt bleibt. Für diesen Antrag war auch der deutsche Vostschafsky eingetreten.

Frankreich legt seinen Willen durch...

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde nach mehrfach energischem Eingreifen Tardieus der starke Widerstand, der anfänglich gegen den französischen Antrag geltend gemacht wurde, ausgehen und der französische Antrag einstimmig angenommen. Vostschafsky Wadolson, der nach bis zum letzten Augenblicke die Einlegung eines politischen Ausschusses scharf bestritten hatte, gab schließlich seinen Widerstand auf und erklärte sich mit der Einlegung des Ausschusses einverstanden, als Außenminister Simon einen persönlichen Appell an ihn richtete, nicht die Verhandlungen in einer Atmosphäre der Abstimmung abbrechen zu lassen.

Baldige Bildung des Memobdirektoriums?

Konno, 26. Februar.

Das kaiserliche Ministerkabinet hielt im Palais des Staatspräsidenten eine Sitzung ab, auf der Dr. Zimmern über den Verlauf der Memobdirektionsverhandlungen in Genf Bericht erstattete. Am nächsten Morgen nehmen die einzelnen Minister zu der Memobfrage Stellung.

Wie verläuft, fand der Wunsch des Staatspräsidenten, sobald wie möglich ein dem Lebensformen entsprechendes Direktorium in Metz zu bilden, allgemeine Zustimmung.

Als Brausungsfeld für diesen Beschluß war die Auffassung maßgebend, die bisherige kirchlich-freundliche Haltung der Signatarmächte durch weitere Nachfragen im Nebelgebiet nicht zu hinterziehen. Die Bildung des Direktoriums soll schon in drei bis vier Tagen erfolgen.

Die Japaner melden:

Durchbruch der chinesischen Stellung.

Schanghai, 26. Februar.
Von japanischer Seite wird gemeldet, daß die chinesische Stellung bei Kiaochow durchbrochen worden ist und daß die Chinesen sich auf dem Rückzug befinden. Ferner ist es japanischen Flugzeugen gelungen, die Eisenbahnverbindung zwischen Schanghai und Nanjing durch Bomben zu unterbrechen. 40 japanische Flugzeuge haben die chinesische Stellung zwischen Kiangwan und der neuen Durchbruchsstelle bombardiert.

Fuji reist nach Tschangshu.

Am 2. März trifft in der Hauptstadt der mandchurischen Republik, Tschangshu, der ehemalige chinesische Kaiser Fuji ein, der einen Eid auf die neue mandchurische Republik abgelegt wird. Der neue mandchurische Präsident wird ferner eine feierliche Erklärung abgeben, daß er stets befreit sein werde, das Wohl des mandchurischen Volkes im Auge zu behalten.

Truppenverfahrungen bei Wujung.

Ein japanischer Truppentransport von 15 000 Mann ist bei Wujung eingetroffen, während weitere 13 000 Mann sich noch unterwegs befinden.

Deutsche Tageschau.

Regierungsrat Hiller.

Die Pressefelle der Deutschen Reichspartei für das Land Braunschweig verbreitet eine Erklärung, in der es heißt: „In Lebensentscheidung mit den Regierungsparteien hat die braunschweigische Staatsregierung Herrn Hiller eine freie Regierungsratsstelle übertragen und ihn damit der braunschweigischen Gesamtheit in Berlin beschliffen, wo er ausschließlich die Interessen der braunschweigischen Wirtschaft wahrnehmen wird. Mit dieser Aufgabe Hillers ist eine Vertretung beim Reichsrat nicht verbunden. Die jetzige Lösung schließt jeden Zweifel an dem ernsten Willen der braunschweigischen Regierung aus, Herrn Hiller mit einem Amt zu betrauen, das er nützlichend für das Land auch ausüben kann. Es liegt die Erklärung des Herrn Hiller vor, daß er die Stellung mit allem Nachdruck im Interesse des Landes Braunschweig wahrnehmen wird.“

Die Stimmberechtigten zur Reichspräsidentenwahl.

Der preussische Minister des Innern erläßt in einem Kundenerlaß im Hinblick auf die bevorstehende Reichspräsidentenwahl, unverszüglich dafür zu sorgen, daß aus den bei dem Volksentscheidungen amtierenden Berechtigten der Stimmberechtigten nicht mehr ersuchen werden, ob ein Stimmrecht bei dem Volksentscheid teilgenommen hat oder nicht. Zu diesem Zweck ist in den Stimmkarten das für den Vermerk der erfolgten Abstimmung angewendete Kennzeichen bei allen Stimmberechtigten in der anlässlich des Volksentscheides „Landtagsauslösung“ benutzten Spalte nachzutragen, das gleiche gilt für die Stimmlosen, die beim Volksentscheid benutzte sind und bei späteren Abstimmungen wieder verwendet werden sollen.

Aufstellung des obersächsischen Landtages abgelehnt.

Der obersächsische Landtag lehnte die von den Reichsparteien gestellten Anträge auf Auflösung des Landtages ab. 39 Abgeordnete beteiligten sich an der Abstimmung. Für die Auflösung stimmten 23 Mitglieder der NSDAP, der Deutschnationalen und der Kommunisten. Abgegen wurden 13 Mitglieder der Sozialdemokraten, des Justiz- und des Reichspartei-Abgeordneten. Die Zweidrittelmehrheit, die für die Auflösung des Landtages notwendig ist, wurde also nicht erreicht. Die NSDAP enthielt sich der Stimme. Nimmer wird voraussichtlich ein Volkstagesrat stattfinden.

Unstands-Rundschau.

Verständigung der Wirtschaftslage in der Tschechoslowakei.
Der Rat der tschechischen Nationalbank stellt in seinem Bericht über seine letzte Monatsversammlung fest, daß die Auswirkungen der allgemeinen Weltwirtschaftskrise auf die Tschechoslowakei immer stärker bevorzugen. Weiter heißt es in dem Bericht: „Die Abnahme der industriellen Erzeugung wurde im vergangenen Monat durch Erhebungen und Schmelzungen, mit denen insbesondere die Ausfuhrindustrie zu kämpfen hat, noch verstärkt. So daß immer weitere Arbeiterentlassungen vorzunehmen sind. Das Ansehen ist schleppend und teilweise unsicher. Am ganzen muß die Wirtschaftslage als dauernd sehr schlecht bezeichnet werden.“

Das norwegische Kabinett umgebildet.

Für den neuen Scherminister ist es gelungen, das Kabinett für die Dauer der Krankheit des Ministerpräsidenten Koffstad umzubilden. Landwirtschaftsminister Stording wurde zum Finanzminister ernannt. Das Mitglied des Erdbau-, Rirische Partei, führendes Mitglied der Bauernpartei (Regierungspartei) wurde Landwirtschaftsminister. Außenminister Brandland ist während der Krankheit Koffstads stellvertretender Ministerpräsident.

Schwere Zusammenstöße in Spanien.

In einem Hinterhof bei Bilbao kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Republikanern und Nationalisten, wobei vier Tote und viele Verwundete zu beklagen sind. Dabei gab es auch Verleumdungen. In einem Dorf bei Toledo kam es nach einer sozialistischen Verammlung unter der Vermittlung von Priestern zu einer Schießerei, wobei ein Polizeioffizier getötet und ein Bauer schwer verwundet wurde.

Kleine politische Meldungen.

Weitere letzte Verankerung des Reichsbudgets. Der Reichsbudgetausschuß für die dritte Februarwoche meißt auf Grund einer Erhöhung der Gold- und Devisenbestände um 2,5 Millionen Mark auf 107,5 Millionen Mark eine Erhöhung der Notenbedeckung von 25,0 a. S. auf 26,9 a. S. an.

Die Sowjetregierung erobert die Militär- und Marineregionen. Die Sowjetregierung hat befohlen, die Geschütze der Roten Armee und Marine vom 1. Mai 1932 ab um 15 v. S. zu erhöhen.

Wähler in Madoninofot eingetroffen. Der Chef der Polen Armee im Fernen Osten, General Wladimir, ist in Madoninofot eingetroffen und hat verschiedene Abschnitte der russisch-chinesischen Grenze besichtigt.

Aus der Umgegend

Nebrua, 26. Februar.

— **Die Kirche steht über den Parteien.** Angesichts des bevorstehenden Kampfes um die Reichspräsidentenwahl ist es angebracht, erneut darauf hinzuweisen, daß die evangelische Kirche über den Parteien steht. Sie kann deshalb keine Wahlparole ausgeben, kann sich nicht für den einen oder anderen Kandidaten entscheiden. Es ist vielmehr durchaus möglich, daß die einzelnen evangelischen Wähler verschiedenen Kandidaten ihre Stimmen geben, wenn natürlich auch die Kirche von ihnen verlangt wird, daß sie ihre Entscheidung gewissenhaft bedenken. Das bedeutet allerdings nicht, daß die Aufgabe der Kirche leichter würde. Im Gegenteil, gerade in der Zeit, da sich die evangelische Kirche parteipolitisch nicht festlegen kann, liegen die eigentlichen Schwierigkeiten, wie sie z. B. der Katholizismus, der sich auf das Zentrum stützen kann, nicht fern. Die evangelische Kirche steht immer von neuem vor der schweren Aufgabe, eine Sache ernsthaft zu prüfen und zu überlegen, ehe das letzte Wort gesprochen wird. In jedem einzelnen Fall muß die Frage beantwortet werden, ob in diesem oder jenem Sinne entschieden werden soll. Aber diese Schwierigkeiten sind doch auch ein Anzeichen des Protestantismus, der jedem einzelnen Menschen die Verantwortung in das Gewissen legt und keine Deutung und keinen Befehl kennt, der diese Verantwortung übernehmen könnte. Der Protestantismus ist eine Religion für innerlich freie Menschen.

— **Jugend Gottesdienst.** Am Sonntag, den 28. u. 29. u. 30. u. 31. März, wird wieder Gelegenheit geboten zum Besuch eines Jugendgottesdienstes im heiligen Gemeindefaß. Ebenfalls soll am Montag, dem 29., abends 8 Uhr, eine Frauenmissionsnachtsstunde gehalten werden. Zu beiden Veranstaltungen wird wieder herzlich eingeladen.

— **Im Volkstraum.** Wir werden von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht, daß uns in der Berichterstattung über die Selbstenbarung in Nebrua am letzten Sonntag ein Irrtum unterlaufen ist. Wir hatten berichtet, daß die Gedächtnisansprache am Denkmal Herr Strej gesprochen habe, der Sprecher ist aber Herr Rektor Böttcher gewesen.

— **Konzert.** Wie in der vorigen Ausgabe des Anzeigers bekanntgegeben, gibt unser Stadtkonzert am Sonntag im Schulsaal ein Extra-Konzert, für das auch die Abwehmentarten Stellung haben. An das Konzert schließt sich ein Tanzfrühstück an. — Es ist dem Vetter unserer Dreifachen, der immer wieder die Kapelle in den Dienst des Allgemeingutes stellt, ein recht volles Haus zu wünschen.

— **Eine Reichstagsungung mit einer von Doberst** abend allen jenen möglich, die einen Apparat in ihrem trauten Heim haben. Die ebenfalls denkwürdige Sitzung unserer Reichstages ist durch Übertragung auf Gramophonplatten der Vergänglichkeiten entzogen worden und bereits vorletzten Abend, wenige Stunden nach der Sitzung selbst, wurde die Welt vorgeführt. Die Übertragung kam man aber weder als Erbauungsstunde, noch als großen Augenblick für den Hörer bezeichnen, denn was man im Reichstag trieb, war gleich nicht die erste Arbeit, die das deutsche Volk von seinen Vertretern erwartet. Vorgeblich fragt sich der Wähler, ob das noch Politik sein soll, die dort getrieben wird. Es ist wohl verständlich, wenn einmal ein Entrüstungs- oder Befallsausbruch das Parlament durchstößt, aber wenn sich Tumult an Tumult reiht, wenn dem Präsidenten der Arm lahm wird, wenn die Klingel und der Redner kaum einen Satz ohne Unterbrechung sprechen kann, dann kann wohl wohl nicht für das Volk nicht mehr reden. Das ist für eine hohe Welt nach solchen Vorwürfen, wie die „Sitzung“ am Donnerstag, nicht mehr haben. Das Radio scheint das richtige Mittel zu sein, diesem furchtbaren Leidman den Gnadensitz zu versehen, denn — so glauben wir — wenn das deutsche Volk noch einige „Sitzungen“ miterlebt, dann wird die heute schon starke Partei der Nichtwähler zu ammaßen, daß ein Reichstag nicht mehr zustande kommt.

— **Autobrand.** Am Mittwoch nachmittag geriet auf dem Wege nach Bibra das Gefährtsauto des Herrn S. Wögling in hier in Brand. Herr Wögling befand sich kurz vor Bibra, von Merenda kommend, als er bemerkte, daß Flammen aus dem Motor schlugen. Es gelang ihm noch rechtzeitig das Auto zu verlassen, jedoch war dieses nicht mehr zu retten. Die Flammen griffen schnell um sich und fanden in den im Wagen befindlichen Waren Nahrung. Nur das Fahrgestell blieb übrig.

— **Vom Arbeitsamt.** Am Dienstag, dem 1. März, hält der Berufsberater aus dem Arbeitsamt Halle wieder Sprechstunde von 16 bis 18 Uhr in der Nebenstelle des Arbeitsamtes zu Quersur, Rippe 13, ab, erteilt Berufsrat und übernimmt Vermittlung von Ausstellbesellen, alles kostenlos. Schlußtag, nicht, bemerksenswerte Arbeitslosen, und Schulentlassenen auch Dienste an der Reihe. Mitarbeiter jeden 1. Dienstag im Monat. Der Berufsberater ist auch im Arbeitsamt Halle selbst erreichbar. Näheres in unserer Geschäftsstelle.

— **Zubläum einer wirtschaftlichen Großtat.** Der Monat Februar bietet der Sozialist für Regulierung der Infrastruktur von Nebrua die Nebrua Gelegenheit, das 25jährige Jubiläum ihres Bestehens zu begehen. Am 23. Februar 1857 wurde das Statut der Sozialist vom preussischen König unterzeichnet. Es sind also an diesem Tage 75 Jahre verstrichen seit dem Beginn der landestulativen Erhebung des Anfruktates von Hedlungen abwärts bis Nebrua. Unsere Jubelstimmung hat die Bedeutung der Ordnung der Wasserverhältnisse in diesem Dreierleithundert als die Grundlage ihres Aufstieges schägen gelernt. Dieser Gedantag wäre für die heimische Landwirtschaft wohl der Anlaß für eine geeignete Ausdehnung gewesen, jedoch mit Rücksicht auf die Notzeit hat die Sozialist von einer größeren Jubiläumsfeier Abstand genommen. Bezüglich die gewünschte Vorstandslegung, die den diesjährigen Etat zu beraten hatte, war auf den Gedantag gelegt worden. Von aber dennoch das Jubiläum in seiner Bedeutung nicht zu ignorieren, hat Herr Kanalinspektor Schmidt eine Jubiläumsfeier abgelehnt, die hochinteressante Aufzeichnungen der wasserwirtschaftlichen Entwicklung des Infrastrukturals enthält. Sie berichtet über: Zustände bis 1600, Wasser- und Wäflerordnung 1653, Infrastrukturraum 1755, Kommilitarisches Ausgreifen 1773, Posttagtabenverband und

Kommilitarisches, Hedlung Dammgelochst, Schiffbarmachung der Anfrukt, die Verhältnisse im 19. Jahrhundert bis zur Gründung der Anfrukt-Regulierungs-Gesellschaft, Sozialist auf Regulierung der Anfrukt und Strecken bis Nebrua. Dieses auch mit Abbildungen aus dem Kanalgebiet und ablenkenden Vergleichs bereiterer Seit hat als ein wertvolles Dokument der früheren und jetzigen unüberwältiglichen Verhältnisse für jetzige und spätere Generationen angeprochen werden, zumal in der jetzigen schmerzlichen Zeit, wo erst die weiter gelungene Genüierung an die traurigen Zustände und damit ein weiches Stück Gedächtnis unserer angereicht Heimat verloren geht. Wir nehmen deshalb Veranlassung, Herrn Kanalinspektor Schmidt zu dieser wertvollen Arbeit zu beglückwünschen und ihm den Dank der Heimat auszusprechen.

— **Verboten ist das unbesagte Plakatankleben.** Die beherrschenden Wäfler werden auch wieder das Verbot für groß werden lassen, sich durch Plakate und Anfrukt an die Wäfler-maffen zu wenden. Wir haben darauf aufmerksam, daß das unbesagte Anbringen von Plakaten an Hausnummern, Türen und Wäfler-maffen verboten ist. Für den Anfrukt dürfen nur noch vorheriger Genehmigung die dazu bestimmten Plakatsäulen benutzt werden. Letztere ziehen sich nicht nur eine politische Verletzung zu; sie können auch gesundheitlich für jeden entlehenen Schaden haftbar gemacht werden. Dem Letztere gleichermaßen sind auch die beantragten Einzelplakate oder Organisations-

Schnell — vor März — noch ein Vogel-Eigenheim!

Als kleine Mitarbeiter im Döbe im Gemeindefaß bietet sich an: Die Familie Wäfler! Wäfler! nichts als munteres Plakaten und wäfler-gelagertes Appetit! Und erst die jetzigen Plakaten, oft lieblich, oft neu, und noch mehr an der Zahl! Staunen stehen wir vor den Leistungen der lieben, kleinen Wäfler, nicht größer als ein Ei! Wenn man die Menge Anfrukt auch nur ammaßen läßt, könnte, die an einem einzigen Tage von einer Wäflerfamilie verzehrt wird, wir würden uns wundern! Und uns entsetzen, wenn wir beobachten könnten, welche Menge Wäfler und Blüten von Raupen weggespült werden, die aus einer einzigen Eiablage, die nicht von den Wäfler erfaßt wurde, ausschlagen. Wer verdirbt diese Plage? Einzig und allein unsere Wäfler, denen wir Liebe und Verständnis entgegenzubringen haben. Bei uns Wäfler geht die Liebe nicht durch den Magen, bei den Wäfler geht sie durch das — Eigenheim! Wenn wir also unsere Liebe zeigen wollen und unsere Herzen schägen vor gefährlichen und schädlichen Gefahren, deren einiger Lebensquod darin besteht, dem Gartenfrucht eine grünen Plakate zugreifen und sich damit zu mähen, dann wiederum: Schaffen wir Möglichkeiten für unsere Gartenwäfler!

— **Vaterndorf.** In unserer Fremde wird das berühmte Brot, Nötig-Nachtzeit am Sonntag, dem 6. März, auch in unserer Kirche eine geistliche Passionsmusik begeben, und zwar nachmittags 2 Uhr. Eintrittskarten zu 50 Pfg. im Vorverkauf bei Uffmann.

— **Votendorf.** Ein dreifach Einbruch wurde Donnerstag abend in der Kapelle selbst. Während die Familie Schöler der Übertragung der Rede des Reichspräsidenten am Lautsprecher folgte, ließen Einbrecher nach der Bestimmung des Feuerleiters in das obere Ende gelegene Schlafzimmer und entwendeten einen großen Geldbetrag; auch einige Uhren ließen die Diebe mit verhandeln. Öffentlich führen die vorgefundenen Spuren zur Entdeckung der Einbrecher.

— **Wiegendorf.** „Wer auf sämtert — der auf fährt“ machte wohl ein heiliger Einwohner gedacht haben, als ihm die Pumpe aber dem während der Reparatur am Wasserwerk wieder zu Ehren gekommenen Brunnen am Bornstich zu Wiegendorf im Rahmen des Pumpenfensters. Dabei mag wohl die Selbste eines zu reichlich gewesen sein, es tröpfelte ein Teil davon in die flare Quellwasser und — bekanntlich schimmert jetzt oben — es blühte sich auf der Wäflerfläche eine verdächtige Schicht. Die nachkommenden Wäflerherren bemerkten das und riefen gleich die Kunde von Haus zu Haus, daß Petroleum in den Brunnen geschüttet sei. Natürlich war die Erregung groß, sie legte sich aber wieder, als der wirkliche Tatbestand ermittelt war. Der Brunnen mußte natürlich ausgepumpt werden.

— **Sangerhausen.** Der Sangerhäuser Viehmarkt mußte, nachdem schon erhebliche Werbefloßen entstanden sind, abgelehnt werden, und zwar wegen der rings um Sangerhausen verstreuten M u u u u n d K i a u e n s e u e, die den Viehmarkt von Vieh vertrieben. Sangerhausen selbst ist leuchtend.

— **Sangerhausen.** Im Grund der polizeilichen Untersuchung ist einmündig festgestellt worden, daß der am Dienstag ausgebrochene D a c h t u h l e r a n d in der Volkshalle III durch fahrlässige Brandstiftung entstanden ist. Der Hausmeister hat auf dem Dachboden achlos eine von einem Zigarette weggenommen, wodurch ein Feuer ausgebrochen wurde, das sich in Brand geriet. Das Feuer hat sich dann an dem trockenen Gebälk mit rasender Schnelligkeit weiter gefressen. Nach vorläufiger Schätzung wird der entstandene Brand- und Wasser Schaden auf rund 60 000 Mark beziffert.

— **Merleburg.** Wegen Einbruches des Diebstahls im Rückfall hatten sich vier erwerbslose Arbeiter, der 25jährige Otto D., sein 23jähriger Bruder Hermann, der 23jährige Georg B., ein 20jähriger Andreas E. und der 18jährige Gerhart F. verantwortlich gemacht. Sie hatten u. a. den Einbruch in das G e m e i n d e h a u s in Franleben (Kr. Merleburg) verübt, bei dem die Wäfler hatten. Als sie im Echten ihrer Bäume eintraten, lagen schon der Amtsvorsteher und Polizeibeamte in Bereitschaft. Schüsse fielen. Einer streifte einen Kriminalbeamten leicht und blieb im Stiefelbock des Amtsvorstehers stecken. Die Angeklagten hatten aus dem Gefängnis Rastler geschrieben, die sämtlich in die Hände der Bedörde gefesselt waren und mit als Beweismittel dienten. Das Urteil lautete auf G e f a n g n i s von 1 Jahr 3 Monaten bis zu 10 Monaten bzw. zwei Monaten für Hermann D.

— **Halle.** In den Nachmittagsstunden wurde ein achtzehnjähriger Schüler in der Nähe des Stadttheaters von mehreren Personen mit Steinen angegriffen und geschlagen, aber ernstlich verletzt zu werden. Zwei Täter wurden festgenommen. Dem Überfall dürften politische Motive zugrunde liegen.

— **Halle.** Mittags ereignete sich am Breußengrün ein aufsehenerregender Vorfall. Vor der Straßammer hatte die Polizeiverhandlung gegen den Rader Wäfler Fimle stattgefunden, der feinerseit am Gertrudenriedhof eine Wäfler-ratsbotin überfallen hatte. Fimle, der in erster Instanz

Kartoffeldämpfen — ein wirtschaftliches Verfahren.

Untersuchungen über den Kohlenverbrauch beim Kartoffeldämpfen durch Herrn Reche, Leiter d. Landw.-Abt. beim Kreislandbau Weiszig

Dah die Verfertigung gedämpfter Kartoffeln wesentlich vorteilhafter ist, als die roher Kartoffeln, ist heute eine unbestrittene Tatsache.

Wenn es daher überhaupt noch ein Problem des Kartoffeldämpfens gibt, so ist es nur das — der Rentabilität. Die unterschiedlichen Angaben der Dämpferhersteller über den Brennstoffverbrauch liegen es unwissenschaftlich erscheinen, Untersuchungen in dieser Richtung anzustellen, die dann auch durch Herrn Reche, dem Leiter der Landmaschinen-Abteilung des Kreislandbauamtes Weiszig in Zusammenarbeit mit der Kaff.-Häuferei, Herrn, vorgenommen wurden und deren Ergebnisse aus nachfolgendem ersichtlich sind.

In Stück 42 der Mitteilungen der DVG vom 18. Oktober 1930 berichtet Herr von Ledow-Bethus über „Betriebswirtschaftliche Vorteile der Einföhrung von Kartoffeln“ und macht u. a. Angaben über den Kohlenverbrauch beim Dämpfen. Nach den dort angegebenen Zahlen sind bei täglich einmaligem Dämpfen im 4 bis 6-Zentner-Dämpfer pro Zentner Kartoffeln 6,25 Kgr. Preßkohlen erforderlich. Von den Dämpferfabriken werden hingegen wesentlich niedrigere Verbrauchsangaben gemacht, und es erheben sich demnach, vergleichsweise der Kohlenbedarf der außerordentlich verbreiteten Dämpfer von 100 bis 200 Liter Anhalt festzustellen.

In dem Versuch wurde ein schon gebrauchter Astra-Dämpfer No. 4 von 150 Liter Inhalt benutzt. Der Dämpfer wurde unter einem drei Meter hohen Schuppen mit flachen Dach an der offenen Seite aufgestellt, vor mittig der abfallenden Anlehntafel, die 12 Grad Celsius betrug, aufgestellt. Als Spornstein diente ein seit drei Meter langes Feuerrohr, das mit einem Knie direkt am Rauchföhrung nach an der Dachkante vorbei freistehend hochgeführt war. Das Rohr ragte nur rund 60 Zentimeter über das Dach. Während der Versuchzeit herrschte leichter Wind in Richtung Süd über die geföhrlichen Seiten des Schuppens. In der vorhergehenden Nacht war es kühl und betrug zur Zeit des Versuchs die Temperatur im Innern der Kartoffeln 9 Grad C. Da die Kaff.-Häuferei bereits Versuche angestellt hatte, konnte sich die Prüfung darauf beschränken, ob der gefundene Brennstoffverbrauch, nämlich 1 Kgr. Anlehnholz und 6 Kgr. Mittelbrande Braunkohlebriketts zum Garbdämpfen von zwei Zentner Kartoffeln tatsächlich genüge.

Zwei Zentner Kartoffeln in allen GröÙen, wie sie vom Felde kommen, wurden gewaschen und füllten den Kessel bis zum Rande. Entsprechend den Angaben in der Gebrauchsanweisung für Dämpfer Nr. 4 der Herstellerfirma wurden 9 Liter Wasser aufgeföllt. Zum Anfeuern wurden insgesamt 1 Kgr. Späne, Spalt- und Splendholz benötigt. Nach Anbreiten des Holzes wurden 6 Kgr. Braunkohlebriketts auf einmal in die Feuerung gegeben. Mit dieser Brennstoffmenge wurden die Kartoffeln völlig gar gedämpft, so daß sie beim Annehmen des Deckels teilweise zerfallen waren und selbst die größten sich mit der Hand leicht zerdrücken ließen. Aus etwa 90 Ztm. Höhe zur Erde fallen gelassene Kartoffeln zerplatzten vollkommen. Der Rest war zum Schluß des Versuches noch leicht mit Gut bedeckt. Die verbliebene, aus dem Kessel abgelaufene Wassermenge betrug 7,3 Liter.

Zusammenfassend kann demnach gesagt werden, daß bei einem Dämpfer wie der Astra von 150 Liter Inhalt bzw. 2 Zentner Fassungsvermögen zum Dämpfen von 1 Zentner Kartoffeln 1/2 Kgr. Holz und 3 Kgr. Braunkohlebriketts genügen. Zum Garbdämpfen der gleichen Menge Kartoffeln dürfte man ohne Berücksichtigung der Dämpferzeit mit einer noch geringeren Menge Brennstoff auskommen, wenn man den Dämpfer als Restföhrer benutzte.

Das Rohr von Ledow demgegenüber einen Preßkohlenverbrauch von 6,25 Kgr. je Zentner Kartoffeln für das 4 bis 6-Ztr.-Dämpfer ermittelt, so kann dieser hohe Kohlenverbrauch wohl darauf zurückzuführen sein, daß bei täglich nur einmaligem Dämpfen durch die getrennte Aufstellung von Dämpfergehäuse und Dämpfrohre erhebliche Wärmeverluste entstehen. Bei täglich mehrmaligem Dämpfen abwechselnd in zwei Föhrern würde natürlich geringere Brennstoffmengen verbraucht werden. Dagegen waren bei täglich einmaligem Dämpfen in zwei Zehn-Zentner-Föhrern noch 4 Kgr., also immer noch 1/2 mehr Brennstoff wie er im vorliegenden Falle für den Astra-Dämpfer von 150 Liter, verbraucht wurde, erforderlich, unbedeutend des Andererseits im Vergleich mit Preßkohlen- und Braunkohlebriketts. Bei dem hier benutzten Astra-Dämpfer, in dem Dämpfergehäuse und Dämpfrohre ein gemeinsames Teil bilden und nur durch eine Bodenplatte nebst Dämpfrohr voneinander getrennt sind, können Wärmeverluste natürlich nicht entstehen, so daß diese Konstruktion unter Zugrundelegung des hier und durch Herrn von Ledow gefundenen Kohlenverbrauchs für solche Betriebe, in denen täglich nur ein- bis vielleicht dreimal gedämpft wird, die wirtschaftlichere wäre. Bei mehrmaligem Dämpfen hintereinander wäre allerdings zwecks Brennstoffersparnis darauf zu achten, daß nicht gleichmäßig durchgefeuert wird, da nur noch eine ganz geringe Feuerung notwendig ist, sobald der Kessel abkühlt. Ein Wiederentwaschen des Feuers empfiehlt sich aber auch schon deshalb, weil andernfalls der Kessel beim Entleeren durch Schmelzen leiden könnte.

Wohlföhrig kann gesagt werden, daß der gepriete Astra-Dämpfer No. 4, 150 Liter Inhalt, in wirtschaftlicher Hinsicht solchen Landwirten, die täglich ein oder auch mehrmals Futter dämpfen, zur Anschaffung empfohlen werden kann. Mängel haben sich nicht gezeigt. Die vorhandenen Materiallücken und Ausführungsformen lassen eine hinlängliche Lebensdauer erwarten.

Neue Staubföhrer.

Die Mielewerke A. G. in Gütersloh bringt ihre Staubföhrer in wesentlich verbesserter Ausführung als Top 1932 auf den Markt. Miele-Staubföhrer werden sowohl in liegender Torpedo-Form als auch in stehender Reifel-Form hergestellt. Die Mielewerke waren die ersten, die in richtiger Erkenntnis der Tatsache, daß ein Staubföhrer den höchsten Staub gegen die Gefahren des Ausföhrerflusses aufweisen muß, ihre Staubföhrer mit Weiszig-Getriebe ausstatten und mit der Verwendung von Bakelit für den Staubföhrer-Bau bahnbre-

hend gewirkt haben. Von einem guten Staubföhrer verlangt man, daß er eine große Saugwirkung hat und daß er bei der Arbeit wenig Geräusch verursacht. Beide Bedingungen werden von den Miele-Staubföhrern in vorbildlicher Weise erfüllt. Trotz der begünstigten Ausführung der Staubföhrer beträgt der Preis für den liegenden Staubföhrer nur RM. 90 und für den Reifel-Staubföhrer RM. 135.

Börse und Handel.

Berlin, den 25. Februar 1932.

Der erste Werttag.

Der Besuch der Berliner Wertpapierbörse nach der langen Unterbrechung seit dem 18. September 1931 war außerordentlich lebhaft, obwohl nur ein logenannter Freiverkehr gestattet ist und eine öffentliche Kursnotierung nicht stattfinden darf. Das Geschäft kam naturgemäß nach der langen Unterbrechung nur zögernd in Gang. Die Stimmung am Aktienmarkt war im großen und ganzen überwiegend freundlicher, während am Rentenmarkt eine leichte Abschwächung auftrat. Am 6. März machte sich der heranannahende Winter und die Vorbereitungen für die Gehaltszahlungen bemerkbar. Tagesgeld war mittags mit 7 1/2 Prozent zu haben. Von Valuten lag das englische Pfund gegen Kabel mit 3,49 weiter fest. Auch der Dollar kam aus Zürich und aus Amsterdam fest, schwächte sich aber gegen Paris wieder ab. Auf wurde über Parität bewertet.

Dollar: 4,209 (Gold), 4,217 (Brief), engl. Pfund: 14,64 14,68, hell. Gulden: 169,93 170,27, Belg. Bel.: 58,59 58,71, ital. Lira: 21,88 21,92, dan. Krone: 30,57 30,73, norm. Krone: 70,27 70,43, franz. Franc: 16,37 16,61, span. Peseta: 13,465 13,485, schwed. Krone: 81,99 82,15, japan. Yen: 32,67 32,73, indones. Krone: 80,87 81,03, österr. Schilling: 49,95 50,05.

Warenmarkt. Weizen für Promptlieferung war bei geringem Angebot fest gefragt, so daß die Preise um etwa 3,50 RM anstiegen. Auch Roggen hatte ungenügendes Angebot, die Preise waren jedoch kaum verändert. Für Weizenmehl waren die Forderungen etwas höher, wurden aber kaum bemerkt. Für Roggenmehl bestand nur in billiger Qualität Nachfrage. Hafer hatte ruhiges Geschäft. Gerste lag weiterhin fest.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Mittl.) Getreide und Mehlarten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen März: 249-251 (am 24. 2. 245-247), Winterweizen März: 192-195 (193-195), Roggen März: 174-176 (168-173), Futter- und Anbaugetreide: 160-167 (158-165), Safer März: 149-156 (148-155), Weizenmehl 31 bis 34,75 (30,50-34,50), Roggenmehl 28-29,50 (28 bis 29,00), Weizenkleie 10-10,40 (9,75-10,25), Weizenroggen 9,85-10,25 (9,75-10,25), Viktorienroggen 20-27 (20 bis 27), Kf. Speiseerbsen 21-23,50 (21-23,50), Futtererbsen 15-17 (15-17), Weizenfalten 16,50-18,50 (16,50-18,50).

Verordnung über die Preisbildung für den Mineralwasserhandel am Kleinhandel vom 9. Febr. 1932

Auf Grund der §§ 1, 3, 4 und 7 der Verordnung über die Befugnisse des Reichskommissars für Preisüberwachung vom 8. Dezember 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 747) wird hiermit folgendes verordnet:

1. In Apotheken und Ladengeschäften darf die Bruttoverdienstspanne 4 1/2, Reispennig je Flasche nur dann übersteigen, wenn ein 20prozentiger Zuschlag zum Einkaufspreis eine höhere Summe ergibt, bei Heilwässern ist ein Höchstzuschlag von 36 vom Hundert statthaft. Diese Festsetzungen beziehen sich auf die Abgabe von einzelnen Flaschen. Bei größerer Abnahme sind die bisher üblichen Mengenrabatte weiter zu gewähren.
2. In einfachen Geschäftsräumen und ähnlichen Gewerbetrieben (Einkaufshallen) darf die Bruttoverdienstspanne (soweit bei der Abgabe in der Geschäftsräume wie bei dem Verkauf über die Straße 12 Reispennig je Flasche nur dann übersteigen, wenn ein 80prozentiger Zuschlag zum Einkaufspreis eine höhere Summe ergibt;
3. In Geschäftsräumen mit höherem Aufwand und in solchen, in denen Vorführungen oder musikalische oder ähnliche unterhaltende Darbietungen mitgeführt werden, darf die Höchstspanne, ferner in Ladengeschäften und in nicht ständigen Wirtschaftsbetrieben (Ausflugstafeln) beträgt die höchstzulässige Bruttoverdienstspanne:
 - a) bei einem Einkaufspreis bis zu 13 Reispennig je Flasche 20 Reispennig,
 - b) bei einem Einkaufspreis über 13 bis 16 Reispennig je Flasche 22 Reispennig,
 - c) bei einem Einkaufspreis über 16 bis 19 Reispennig je Flasche 24 Reispennig,
 - d) bei einem Einkaufspreis über 19 bis 21 Reispennig je Flasche 26 Reispennig,
 - e) bei einem Einkaufspreis über 21 Reispennig ist ein Höchstzuschlag von 120 vom Hundert statthaft.

Die Bruttoverdienstspanne ist der Unterschied zwischen Einkaufspreis frei Verkaufsstelle und dem Verkaufspreis an den Käufer.

§ 2. Ergibt die Errechnung die Zuschläge zum Einkaufspreis Bruchteile von Pfennigen, so ist der Verkaufspreis an den Käufer auf Pfennigbeträge nach oben abzurunden.

§ 3. In Ladengeschäften und Apotheken sind Preisvergleichnisse mit den auf Grund dieser Verordnung fest ermittelnden Kleinverkaufspreisen gut sichtbar auszuhängen.

§ 4. Diese Verordnung tritt am 20. Februar in Kraft.

Berlin, den 9. Februar 1932.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung. Dr. Goebel.

Beauftragt: Weiszig, den 23. Februar 1932.

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde. Grünberg.

Betr. Schweinezählung.

Am 1. März d. J. findet auf Anordnung der Reichsregierung eine Schweinezählung statt, bei der zugleich die in den Monaten Dezember 1931 sowie Januar und Februar 1932 geborenen Kälber gezählt werden sollen.

Die gleichzeitig mit der Schweinezählung durchzuföhrende Kälberzählung soll feststellen, inwieweit die Häufung der Kälbergeburten zu gewissen Zeiten Ursache zur Milchschwemme sein kann. Will man die durch die Milchschwemme verursachten Preisrückfälle bekämpfen, so ist eine genaue Kenntnis der Verteilung des Weltverdens der Kälber über das Jahr nötig.

Um auch in Betrieben ohne Zuchtbuchführung zuverlässige Angaben zu erhalten, wird jedes Mal nach Ablauf von 3 Monaten, also bei den nächsten 4 Zählungen, nach den in den vorausgegangenen 3 Monaten geborenen Kälber gefragt werden. Es ist anzunehmen, daß dem jeder Landwirt die Geburtsmonate seiner Kälber festsetzen, wenn nötig aus dem Gedächtnis, angeben kann. Dem Wesen der Erhebung entsprechend ist es getätigt, ob die Kälber noch vorhanden sind oder nicht, da wesentlich das durch das Kalben verursachte Mischgellen der Mischungen in den einzelnen Provinzen festgestellt werden soll.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Zählung ausschließlich volkswirtschaftlichen Zwecken dient und zu steuerlichen Zwecken nicht verwandt wird. Den Zählern ist die auf diese Frage bereitwillig und genaue Antwort zu geben.

Neubau, den 24. Februar 1932.

Der Magistrat.

Landwirtschaftlicher Verein Steigra.

Unsere nächste Hauptversammlung findet am Freitag, dem 4. März, nachm. 2 Uhr, im Gasthof „Zur Ankrubahn“ in Gardorf statt.

Tagesordnung:

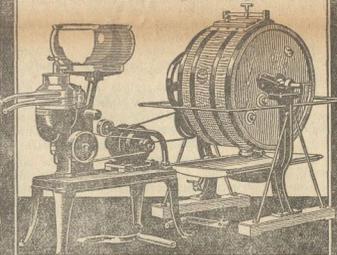
1. Geschäftliches
 2. Auszeichnung langjähriger Dienstboten und Arbeiter
 3. Vortrag des Herrn Landwirtschaftsrats Genzler über: „Nate allgemeine Betriebs- und Versuchsdarstellungen“
 4. Vortrag des Herrn Landwirtschaftsrats Schlee über: „Die Abgabenfragen im kommenden Wirtschaftsjahr“.
- Alle Vereinsmitglieder und ihre Angehörigen werden zu zahlreichem Besuch der Versammlung herzlich eingeladen.

Der Vereinsdirektor.

von Hellborff.

Miele

Kleinmolkerei



Einfach. Betriebssicher. Dauerhaft. Preiswert!
Die Merkmale aller Miele-Erzeugnisse.

Mielewerke A.G.

Größte Spezialfabrik Deutschlands
Gütersloh/Westfalen
Über 2000 Beamte und Arbeiter.

Zu haben in den einschlägigen Geschäften.

KAFFEE HAG

10% billiger!

Das große Paket RM 1.46
Das kleine Paket RM 0.73

Stets frisch bei:

August Oelschig

STEMPEL

Empfehle für

Teim- und Ölfarbenanstriche:

- Blau 60 Pf.
- Grün 22 "
- Öcker 18 "
- Emalle 80 "
- u. u.

R. Brückner, Malermeister.

Buchhandlg. W. Sauer
Rosleben

Spare

mündelsteiner Stadt-Sparkasse Neuba 2/1

Der Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.
Druck-Verlag und Verlagsdruckerei: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 49 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restmetzeil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtparkstraße Nebra — Bankverein Wernitz.

Nr 25

Sonnabend, den 27. Februar 1932.

45. Jahrgang

Die letzte Woche.

Es befreit uns zwar nicht von der niederdrückenden Beschämung, die wir in Deutschland über die Vorgänge im Reichstag empfinden, wenn wir lesen, daß in der französischen Kammer die Gegner sogar mit Häufeln aufeinander einschlugen, daß Schläge losgerissen zu Boden fielen und daß das Gekrei der niedrigeren Abgeordneter die Glotze des Präsidenten überdünnt. Aber es zeigt uns, daß die politische Erregung und Verberührung unter dem Druck untrügender Verhältnisse allenthalben ein Hemmungsgelockt wird. Die Begegnung zwischen Sozialisten und Radikalen, die die Begleitmusik zu der ersten Kraftprobe Lardieus gab, nimmt den Franzosen das Recht, sich über die deutschen Zustände aufzuheben, und vielleicht ist ihnen die Verberührung der eigenen Zustände auf den verheißenen Gebieten und nur durch in der Gesellschaft negativen parlamentarischen Sitten eine Wahrung in dem Sinne, daß es eine Gemeinamkeit auch des Abtriegs gibt, wenn sie sich dem Streben nach gemeinsamem Aufstieg so hartnäckig und böswillig widersetzen.

Nur eben wie auf einer kurzen Wippe hat Lardieu sich in Paris aufgehoben, aber er hat die wenigen Tage gut genutzt. Sie haben ausgereicht, dem besonderen Vertrauensmann des Präsidenten Doumer, dem bewährten und geschätzten Ministerpräsidenten, dem Mandat zur Regierungsbildung zu erteilen, selbst diese Aufgabe zu übernehmen und mit starker Schwung, freilich ohne besondere eigene Note, durchzuführen, sich das Vertrauen der Kammer beschaffen zu lassen und nach Genf zurückzuführen. Mit dem Vertrauensvotum ist freilich kein besonderer Staat für ein neues Ministerium. Die Mehrheit von 47 Stimmen, die sich mit dieser belanglosen Ausführungen des neuen Kabinettschefs zufrieden erklärte, und es sind Lardieu in der Debatte allerlei deutsche Unfreundlichkeiten gelang worden. Besonders hervorzuheben verdient die von radikaler Seite an der Haltung Lardieus in der Verfassungsfrage geübte Kritik, die sein Wohl daraus machte, daß man dem Ministerpräsidenten und Führer der französischen Delegation in den Kreisen seiner spezifischen Parteistellung durchaus die freundliche Absicht zukam, den Verfassungsgegenstand zu gründlich wie möglich zu sabotieren.

Lardieu hat sich in Genf sofort mit derselben Energie, die er in Paris bewährte, in den Verfassungskampf geworfen, und schon sein erstes Auftreten ist geeignet, die Berechtigung des Argwohn zu erweisen, mit dem ihm die wahren Freunde der Verfassung im eigenen Lande begegnen. Bei der ersten grundsätzlichen Aussprache im politischen Ausschuss der Verfassungsversammlung bei der jeder Delegationsführer den Standpunkt seiner Regierung über die Art des Verhandlungsmittels, hat der deutsche Vertreter, Botschafter Nadowitz, dem durchaus berechtigten Anspruch geltend gemacht, daß neben den von der Mehrzahl der Delegierten als Verhandlungsmittel anerkannten Konventionenkonferenzen die deutschen Vorschläge gleichberechtigt von vornherein zur Diskussion zu stellen seien. An außerordentlich bristiger Form hat Lardieu erwidert, daß Frankreich nicht in der Lage sei, auf deutsche Vorschläge einzugehen, die etwa dazu bestimmt sein sollten, einzelne Grundzüge des Konventionenkonferenzenentscheidend zu verändern. Lardieu hat es für nötig gehalten, hinzuwirken, daß er diese Bemerkung mache, um über die Richtung der Verhandlungen von vornherein die notwendige Klarheit zu schaffen. Das Auftreten Lardieus hat im Ausschuss allgemein befremdet, und der ungarische Vertreter hat dem Französischen nahegelegt, doch nicht von vornherein das Gegenwärtige in so fester Weise hervorzuheben, sondern da mitzuhelfen, wo man vielleicht helfen könne, eine Verständigung zu erreichen. Auch die Art, wie Lardieu sich zu den russischen Vorschlägen gestellt hat, beweist den Willen Frankreichs, unangenehm auf seinem Standpunkt zu beharren, und so ist der Verlauf der Ausschussverhandlungen in Genf wenig verheißungsvoll.

Von den Genfer Verhandlungen um eine Einwirkung auf den chinesisch-japanischen Konflikt ist es sehr schnell wieder still geworden. Dagegen hat die offizielle amerikanische Politik nach einem erlaunlich langen Zögern jetzt ihren Entschluß bekundet, in dieser Frage aktiv zu werden, und das Schreiben des amerikanischen Außenministers Simons an den Botschafter des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Borch, hat auch in Washington politischen Kreisen intensive Wirkung gehabt. Mit sehr erheblichem Ton verurteilt Simons den Entschluß der Vereinigten Staaten, weder das Recht auf offene Tür in China, noch die Bindungen der verletzlichen, durch das Vorgehen Japans in Frage gestellten Verträge preiszugeben oder gefährden zu lassen. Im Zusammenhang mit dieser Klarstellung des amerikanischen Standpunktes erörtert der Staatssekretär dann die Beziehungen zwischen den in Betracht kommenden Verträgen und der amerikanischen Abhängigkeitspolitik, und seine Ausführungen werden wohl mit Recht dahin verstanden, daß die amerikanische Regierung das Wohl nicht zuletzt unter dem Druck der öffentlichen Meinung die Vorgänge im Fernen Osten zum Anlaß nehmen wird, ihre Flottenpolitik grundlegend zu revidieren und ihre Bedenken gegen ein beträchtliches Bauprogramm zurückzuführen. Ein solcher Umstimmung der amerikanischen Abhängigkeitspolitik zur See muß sich naturgemäß international auswirken, und so treibt der Konflikt zwischen China und Japan Kreise, die an die wichtigsten Probleme zwischen den westlichen Staaten rühren.

Hindenburgs Kandidatur.

Der Arbeitsausschuß beim Reichspräsidenten. — Berlin, 26. Februar.

Der Reichspräsident empfing den Arbeitsausschuß der vereinigten Hindenburg-Ausschüsse, bestehend aus den Herren Landrat a. D. Gerke, Graf Westarp und General v. Winterfeldt, die im Namen der Ausschüsse dem Reichspräsidenten ihren Dank dafür aussprachen, daß er sich bereit erklärt habe, das Amt des Reichspräsidenten erneut zu übernehmen. Sie wüßten sich eins mit sehr vielen und maßgeblichen alten Wählern des Reichspräsidenten vom Jahre 1925, wenn sie den Generalfeldmarschall und Reichspräsidenten ihres uneingeschränkten Vertrauens würdevoll über den Arbeitsausschuß lei gewillt, sich mit aller Kraft für die Wiederwahl Hindenburgs einzusetzen, aber den Wahlkampf nur sachlich und im ritterlicher Form zu führen.

Der Reichspräsident begrüßte den Entschluß des Arbeitsausschusses, den leider unermüdlich gewordenen Wahlkampf in vornehmer Form zu führen und alles zu übernehmen, was zu einer Verberührung der vorhandenen Gegenstände führen könnte.

„Ich habe“, so betonte der Reichspräsident, „die Kandidatur nur auf der Grundlage vollster Unparteilichkeit übernommen und es auf das bestmögliche abgesehen, irgendwelche Bindungen der Parteien gegenüber einzugehen oder irgendwelche Bedingungen anzunehmen. Ich werde auch weiterhin jede Fesslung nach der einen oder anderen Seite hin ablehnen. Ich bin Trenndar der ganzen deutschen Volkes, nicht der Beauftragte einer Partei oder Parteigruppen und will nur meinem Gewissen und dem Vaterland verpflichtet sein.“

Konflikt Preußen — Oberkirchenrat.

Berlin, 25. Februar.

Zwischen dem preussischen Kultusminister und dem Evangelischen Oberkirchenrat ist es zu einem Konflikt gekommen. In einem Schreiben an Minister Grimm führt der Oberkirchenrat Beschwerde über eine schwere Verletzung der größten deutschen evangelischen Kirche und ihrer obersten Kirchengewalt und legt dagegen in aller Form Vernehmung ein. Es handelt sich um den Vorschlag des Oberkirchenrats, die Neuordnung der Einkünfte in den Religionsunterricht in der Weile durchzuführen, daß statt wie bisher die Gehältern künftig die evangelischen Schulen damit bezahlt werden. Dem Antrag wird vorgezogen, den Oberkirchenrat eingehalten zu haben.

Zusammentritt des Hauptberichterstatters.

Beneid zum Hauptberichterstatler gewählt. — Nadowitz fordert Gleichberechtigung für die deutschen Vorschläge. — Genf, 25. Februar.

Der politische Ausschuss der Verfassungsversammlung, in dem nunmehr die weiteren Verhandlungen stattfinden werden, nachdem die Generalaussprache nach dreiwöchiger Dauer abgeschlossen worden ist, wählte den scheidenden Außenminister Beneid einstimmig zum Hauptberichterstatler. Die Konferenz hat damit Beneid, dessen abstraktionsfeindliche Haltung bekannt ist, weitgehenden Einfluß auf die weiteren Verhandlungen eingeräumt.

Der Führer der deutschen Delegation, Botschafter Nadowitz, verlas eine Erklärung, in der nach der Annahme des englischen Vorschlags, wonach der Abkommensentwurf den allgemeinen Rahmen der Verhandlungen bilden soll, betont wird, daß ein derartiger Beschluß sich nur auf die künftigen, nicht auf die schon vorliegenden Verfassungsentschlüsse der Verhandlungen beziehen kann.

Die der Konferenz vorliegenden deutschen Vorschläge zerfielen Elemente eines allgemeinen Abstellungsplans und seien keineswegs nur als Abänderung oder Ergänzung des Abkommensentwurfs des Böhlerbundes anzufassen. Durch die deutschen Vorschläge würden wesentliche Teile des Abkommensentwurfs grundlegend abgeändert und ersetzt. Die deutsche Abordnung verlangte deshalb, daß die einzelnen Teile des deutschen Vorschlags gleichzeitig und gleichberechtigt mit den einzelnen Abschnitten des Abkommensentwurfs und den übrigen Vorschlägen erörtert werden.

Der französische Ministerpräsident Lardieu, der vor der Ausschussung eine längere Rede gehalten mit dem deutschen Botschafter Nadowitz gehabt hatte, vertrat die unmissige Ansicht, die Konferenz habe die Aufgabe, die im Ausschussentwurf offen gelassenen Tabellen auszufüllen.“ Als dann der englische Vorschlag, wonach der Abkommensentwurf des Böhlerbundes die Grundlage der weiteren Verhandlungen bilden soll, einstimmig angenommen wurde, erhob sich der französische Ministerpräsident Lardieu und erklärte, der deutsche Vertreter habe nur unter dem Vorbehalt zugestimmt, daß die deutschen Verfassungsentschlüsse die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs ersetzen sollten. Er halte es für seine Pflicht, völlige Klarheit darüber zu schaffen, daß Frankreich dies „unter keinen Umständen zu lassen werde“.

Die französische Regierung könne nicht gestatten, daß die deutschen oder andere Vorschläge die Bestimmungen des Abkommensentwurfs des Böhlerbundes ersetzen. Es wurde jedoch nach beschloffen, für Donnerstag eine besondere Sitzung einzuberufen, in der die einzelnen Ausschüsse der Konferenz eingesetzt werden sollen.

Rußlands Vorschlag.

Genf, 25. Februar.

Der sowjetrussische Außenminister Litwinow brachte in der Sitzung des Ausschusses der Verfassungsversammlung, an der sowohl Sir John Simon als auch Lardieu teilnahmen, den Antrag seiner Regierung auf vollständige und sofortige Abschaffung aller Abstellungen ein. Er brachte zum Schluß einen förmlich formulierten Antrag zur Abstimmung ein: Die Verfassungsversammlung beschließt, den Grundlag der allgemeinen und vollständigen Abschaffung als Grundlage ihrer Arbeiten zu erklären. Litwinows Antrag fand warme Unterstützung durch den türkischen Außenminister und den Vertreter Persiens.

In der Aussprache.

gab Botschafter Nadowitz eine Erklärung ab, in der er von neuem ausdrücklich feststellte, daß der Abkommensentwurf des Böhlerbundes nur den allgemeinen Rahmen der weiteren Verhandlungen bilden könne.

Der Vorschlag Litwinows auf eine allgemeine für alle Mächte gleich wirksame Abschaffung der Abstellungen stellte das große Ziel dar, mit dem Deutschland schloß sympathisieret, da dies die ideale Lösung des Verfassungsproblems wäre.

Der erste Vorschlag des sowjetrussischen Antrag ging jedoch von dem griechischen Gesandten Polaris aus, der den russischen Antrag die französische Sicherheitsstelle entgegenstellte und eine internationale Organisation der Sicherheit und des Friedens forderte.

Der spanische Botschafter Mabilia ergo suchte in einer längeren geistvollen Rede die Unmöglichkeit des sowjetrussischen Vorschlags nachzuweisen und erklärte, daß es sich nicht um dramatische Beschlüsse, sondern um einen fleißigen, planmäßigen Fortschritt zur Lösung der Verfassungsfrage handeln könne.

Der russische Antrag abgelehnt.

Der Antrag der Moskauer Regierung auf sofortige uneingeschränkte Abschaffung aller Abstellungen wurde durch Handaufheben gegen die Stimmen der Türkei und Sowjetrußlands abgelehnt. Die deutsche Abordnung sowie zahlreiche andere Abordnungen enthielten sich der Stimme.

Neuer Vorschlag Lardieus.

Genf, 26. Februar.

Im großen politischen Ausschuss der Verfassungsversammlung erfolgte ein neuer Vorschlag von französischer Seite. Lardieu beantragte die Einsetzung dreier Ausschüsse, 1. für die aktiven Truppenbestände, 2. für das Volkswohl, 3. für die Heeresausgaben, während die Kriegsminister die Gliederung der Ausschüsse nach dem Land, See-, Luft- und Haushaltfragen beschließen hätte.

„Es ist ein Vorschlag, der auf die Verfassung des Reiches abzielt, und der auf dem Gebiete der Abstellungen, sondern es gegen abgelehnt ist. Die Organisationsabstellungen sind aber unerwartet für ein Deutschland, Italien und Holland sehr wichtiger von Seiten der Abstellungen.“

„Lardieu nahm der politischen Vorschlag den Konventionenentwurf die vollständigen Bestimmungen des deutschen Vorschlags.“

„Lardieu nahm der politischen Vorschlag den Konventionenentwurf die vollständigen Bestimmungen des deutschen Vorschlags.“

Baldige Bildung des Memeldirektoriums?

Romno, 26. Februar.

Das litauische Ministertabsett hielt im Palais des Staatspräsidenten eine Sitzung ab, auf der Dr. Janonis über den Verlauf der Memelverhandlungen in Genf Bericht erstattete. Am Anschluß daran nahmen die einzelnen Minister zu der Memelfrage Stellung.

